



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



DR. HELMUT KOHL

Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

VORTRAG AM ÜBERSEETAG, MONTAG, 7. MAI 1984



Ich darf mich zunächst bei Ihnen, lieber Herr Stödter, und beim Übersee-Club sehr herzlich für die Gelegenheit bedanken, in einem, nach hanseatischer Art, ruhigen Gespräch über einige Probleme unseres Landes zu Ihnen zu sprechen. Es ist ganz besonders reizvoll, dies heute hier in Hamburg zu tun. In dieser Region finden über 2 Millionen Menschen Heimat und Arbeit. Sie erleben aber auch eine Umbruchsituation, die für Hamburg, wie für Bremen und die norddeutsche Tiefebene – für die Küstenländer insgesamt – enorme Gefahren, ich denke aber auch Chancen mit sich bringt. Hamburg ist also nicht nur durch seine Geschichte, durch seine Tradition, sondern auch durch die Gegenwart und die Herausforderungen, die auf die Stadt und ihre Bürger zukommen, besonders geeignet, den Versuch einer nachdenklichen Standortbestimmung zu unternehmen.

Meine Damen und Herren, ich bin mit der von mir geführten Bundesregierung weniger als zwei Jahre im Amt. Die Schwierigkeiten, die wir damals vorgefunden haben, sind Ihnen bekannt: Schrumpfungsprozeß in unserer Wirtschaft, dramatischer Anstieg der Arbeitslosigkeit, Firmenzusammenbrüche, ein rundherum überschuldeter Staatshaushalt, drohende Zahlungsunfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme. Gerade in Hamburg mag es mir erlaubt sein, wenigstens an einige dieser Tatsachen zu erinnern; denn Hamburg ist eine Pressehauptstadt der Bundesrepublik Deutschland. Zudem höre ich gelegentlich aus Hamburg Ratschläge von jenen, denen ich eigentlich von Herzen gegönnt hätte, daß sie zu ihrer Zeit diese Ratschläge in praktische Taten umgesetzt hätten.

Der wohl schwierigste Abschnitt auf unserem Weg in den letzten etwa 1½ Jahren lag im psychologischen Bereich. Als junge Studenten haben wir von Ludwig Erhard und noch mehr von Alfred Müller-Armack gelernt, daß eine freie Gesellschaft, gerade auch eine freie Wirtschaftsordnung, entscheidend von psychologischen Imponderabilien abhängt. Und gerade hier hatten wir die größten Probleme; denn es hatte sich ein verhängnisvoller Trend gebildet: Pessimismus und Zukunftsangst waren eine ganz unheilige Allianz miteinander eingegangen.

In dieser kritischen Lage galt es, entschlossen zu handeln. Heute, etwa 18 Monate später, darf ich sagen, daß unsere Anstrengungen erfolgreich waren. Wir haben endlich wieder wirtschaftliches Wachstum – wir haben es, weil sich die Dinge im Internationalen und im Nationalen zum Besseren entwickelt haben: Im vierten Quartal

1983 von 2,9% über dem Vorjahresstand; die Unternehmenserträge sind spürbar gestiegen, Investitionen sind wieder zu einem realen Wirtschaftsfaktor geworden – die Erfahrungen, die nicht wenige von Ihnen vor einigen Wochen auf der Hannover-Messe gemacht haben, sprechen eine deutliche Sprache: Die Zahl der Konkurse ist zurückgegangen, und die Zahl der Unternehmensgründungen wächst. Wir konnten die Preissteigerungsrate halbieren und damit die Kaufkraft unserer Mitbürger stärken. Und dies, meine Damen und Herren, war wirksamer als jedes denkbare staatliche Ausgabenprogramm.

Die Neuverschuldung des Bundes ist deutlich reduziert. Bei den Staatsfinanzen wird wieder solide gewirtschaftet. Es ist völlig selbstverständlich und gehört zur Natur einer freiheitlichen Demokratie – auch einer freien, offenen Volkspartei, wie dies meine eigene ist –, daß sofort neue Ansprüche entstehen, wenn sich die Dinge etwas günstiger entwickeln. Gehen Sie bitte davon aus, daß eine Bundesregierung, die meinen Namen trägt, zu dem steht, was wir versprochen haben. Wir werden den Kurs der Konsolidierung fortsetzen. Das ist die Voraussetzung für eine vernünftige wirtschaftliche Entwicklung. Und vor allem, meine Damen und Herren: Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist zum Stillstand gekommen. Es ist deutlich spürbar, daß wir uns – wenn auch sehr langsam, viel zu langsam für die meisten von uns, auch für mich – auch auf eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt zubewegen.

Ich sage deutlich: Wer diese Entwicklung mit Kritik und Ungeduld begleitet, der sollte sich selbst einmal fragen, ob er das alles vor zwölf Monaten in dieser Dimension für möglich gehalten hat. Wichtiger noch als die genannten positiven Wirtschaftsdaten ist der Stimmungsumschwung, den wir deutlich registrieren. Es gibt wieder mehr Zuversicht, der verbreitete Pessimismus hat einer optimistischeren Einschätzung Platz gemacht.

Ich sprach schon von der Hannover-Messe. Ich will in diesem Zusammenhang auch die Deutsche Leistungsschau in Tokio erwähnen. Über 7000 Mitbürger aus der Bundesrepublik sind dorthin gefahren, nicht zuletzt aus der mittelständischen Wirtschaft. Sie haben erkennen können, was für den Sachkenner längst klar war: daß die Japaner keineswegs besser sind, wenn wir mit gleichen Bedingungen antreten, mit Offenheit der Märkte und möglichst wenig Protektionismus in beiden Ländern. Ich glaube, daß ein Teil der „Japan-Angst“ bei uns darauf zurückgeht, daß der eine oder andere das schlechte Gewissen dessen hat, der glaubt, er habe den Anschluß verschlafen. Wenn wir wieder begreifen, daß wir von Haus aus – wenn Sie die Patente und Erfindungen betrachten – keineswegs schlechter dastehen, wenn wir uns daran erinnern, daß ohne Fleiß kein Preis möglich ist, wenn wir wissen, daß wir als moderne Exportnation um eine Nuance besser und schneller sein müssen als unsere Konkurrenten, dann haben wir keinen Grund zu einem Japan-Komplex. Das ist meine feste Überzeugung.

Die Menschen hierzulande schauen wieder nach vorn. Alle demoskopischen Betrachtungen bestätigen dies. Diese Umorientierung – weg vom lähmenden Pessimismus, hin zum gestaltenden Optimismus – reicht weit über das Ökonomische hinaus. Sie ist die wichtigste Grundlage für die Lösung der anstehenden Probleme. Es geht jetzt, meine Damen und Herren, um die richtigen Weichenstellungen für die letzten fünfzehn Jahre dieses Jahrhunderts. Das gilt für die nationale wie die internationale Politik. Auch in der internationalen Politik spielen Beharrlichkeit und Ausdauer eine hervorragende Rolle. Fortschritte sind das Ergebnis oft jahrelanger Bemühungen: Hier treffen wir unsere Entscheidungen nicht allein und in eigener Verantwortung. Wir müssen Partner mit anderer Denkweise und mit anderen Traditionen für unsere Vorstellungen gewinnen.

Herr von Dohnanyi hat gerade eine wichtige Bemerkung über unser Verhältnis zu Großbritannien gemacht, die ich hier in Hamburg gerne aufgreife. Natürlich kann man sich über dies und jenes ärgern, aber vergessen wir eines nicht: Großbritannien und damit auch Margaret Thatcher müssen einen sehr viel weiteren Weg nach Europa gehen als wir. Wir sind doch Europäer durch geschichtliche Entwicklungen und Erfahrungen geworden, man kann vielleicht sogar sagen: Durch geschichtliche Heim-suchung. Wir brauchen uns nur vorzustellen, wie stark unsere europäische Gesinnung wäre, wenn das Haus Hohenzollern noch regieren würde. Margaret Thatcher

war eine junge Studentin, als ihr König noch zugleich Kaiser von Indien war. Ich erinnere daran, weil ich dafür plädieren möchte, daß der, der einen längeren Weg braucht, auch mehr Sympathie auf diesem Weg erfährt.

Ich teile die Meinung Ihres Bürgermeisters, daß Europa ohne Großbritannien noch deutlicher ein Torso wäre, als dies ohnehin durch die geschichtliche Heimsuchung der Teilung Europas der Fall sein muß. Ich denke hier an die von uns getrennten alten europäischen Kulturnationen, an die Polen oder an die Ungarn, und ich denke natürlich an unsere Landsleute in Weimar, in Dresden und in Leipzig.

Meine Damen und Herren! Es gilt jetzt in den wichtigen, in den entscheidenden Fragen der Gesellschaftspolitik genauso wie in der Außenpolitik einen langen Atem aufzubringen. Es gibt deutliche Anzeichen für den Beginn eines weltweiten wirtschaftlichen Aufschwungs. Niemand von uns weiß, wie lange er tragen wird, und wir müssen alles tun, um die Risiken zu begrenzen.

So betrachten wir die internationalen Verschuldungsprobleme wichtiger Entwicklungsländer keineswegs als erledigt, auch wenn die Umschuldungsfragen für den Augenblick weitgehend befriedigend gelöst worden sind. Die Auslandsschulden der Entwicklungsländer in Höhe von 700 Milliarden Dollar – davon allein die Hälfte in Lateinamerika – mit einer jährlichen Zinsbelastung von rund 60 Milliarden Dollar bleiben *das* Alarmsignal schlechthin. Ich meine dennoch, daß wir hier allmählich Fortschritte erzielen können. Die Defizite in den Leistungsbilanzen der Entwicklungsländer gehen langsam zurück. Die Ausfuhren nehmen stärker zu. Das ist eine ermutigende Entwicklung. Voraussetzung für wirksame Fortschritte ist allerdings, daß die Entwicklungsländer zu den Märkten der Industrieländer möglichst freien Zugang haben und daß sich die weltweite Konjunkturerholung fortsetzt.

Auch unser eigener Außenhandel muß sich mit zunehmend subtileren Formen des Protektionismus und der Subventionierung von Krediten zur Exportfinanzierung auseinandersetzen. Im Rahmen des GATT und der OECD sind dies Dauerthemen, die gerade jetzt wieder anstehen. Wir bleiben Vorkämpfer für einen freien Welthandel, und wir sind gegen jede Form des Protektionismus. Das ist das Signal, das in wenigen Wochen auch vom Weltwirtschaftsgipfel in London ausgehen muß. Und ich hoffe auch, daß alle die, die dann die Communiqués unterschreiben, sich auch anschließend in der nationalen Politik an diese Communiqués halten, und daß die Taten den Worten entsprechen.

Bisher hatten wir unübersehbare Erfolge mit unseren Bemühungen, restriktive Tendenzen abzuwehren. Aber wir müssen auf der Hut bleiben und der internationalen Handelspolitik weiterhin unsere volle Aufmerksamkeit widmen. Dabei geht es letztlich um nichts weniger als um den freien Welthandel selbst und um seinen Fortbestand.

Ich brauche in Hamburg nicht viel dazu sagen, was dies für unser exportabhängiges Land insgesamt bedeutet. 1983 wurden Waren und Dienstleistungen im Wert von fast 540 Milliarden DM exportiert. Das ist rund ein Drittel unseres Bruttosozialprodukts. Ich brauche Sie nicht darauf hinzuweisen, was hier jede Veränderung für unsere Volkswirtschaft, für unsere Gesellschaft, für das Bruttosozialprodukt, für die sozialen Systeme und vor allem für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bedeutet. Deswegen dürfen wir auch zu keiner Stunde vergessen, daß die Europäische Gemeinschaft über das Allgemeinpolitische hinaus für uns ein wirtschaftlicher Faktor ersten Ranges ist: 50 Prozent unserer Exporte gehen in die Länder der Gemeinschaft. Ich leugne es nicht: In der EG gibt es Grund zum Ärger. In Stuttgart hatten wir die einzelnen Sachthemen bei der überfälligen Reorganisation der Gemeinschaft in einem Paket zusammengefaßt. Weder in Athen noch in Brüssel sind wir zu einem abschließenden Entscheid gekommen.

Ich möchte allerdings feststellen, daß das Urteil über die Brüsseler Konferenz in der europäischen Öffentlichkeit insgesamt zu harsch ist. Es ist uns in Brüssel gelungen, in drei Viertel aller anstehenden Fragen zu positiven Ergebnissen zu kommen, aber die fehlende Einigung über den britischen Ausgleich hat auch psychologisch das Erreichte etwas in den Schatten gedrängt. Ich bin sicher, daß demnächst eine Regelung gefunden werden kann, von der ich nur so viel sagen möchte, daß sie Großbritannien ebenso gerecht werden muß wie – in Solidarität – auch den anderen Partnern.

Ich will hier klar und deutlich aussprechen, daß ich nicht verstehen kann, warum so viele in Sachen Europa so schnell die Flinte ins Korn werfen. Wenn ich bedenke, daß die Römischen Verträge knapp drei Jahrzehnte alt sind und welchen Weg Europa in den letzten dreihundert Jahren genommen hatte, wie weit die Nationalstaaten Europas auseinandergedriftet waren, wie viele Bruderkriege, wieviel Blut und Tränen zwischen den europäischen Völkern standen, dann meine ich: Wenn wir die nötige Demut vor der Geschichte aufbringen, haben wir allen Grund, voller Respekt zu sagen, daß das, was da nach den bitteren Erfahrungen des Zusammenbruchs und des zweiten Weltkrieges von Alcide de Gasperi, Robert Schuman, Paul Henri Spaak, Winston Churchill und Konrad Adenauer auf den Weg gebracht wurde, *der* große Entwurf des 20. Jahrhunderts ist, der die Zukunft auch für die Deutschen glücklich gestalten kann.

Ich selbst erinnere mich noch an Schulbücher, in denen große Lesestücke über die deutsch-französische Erbfeindschaft standen. Mein Vater hatte als junger Offizier im ersten Weltkrieg zwei Jahre seines Lebens an der Front bei Verdun zugebracht. Als wir vor einigen Jahren zusammen mit meinen Söhnen die endlosen Gräberfelder am Ossuaire, am Douaumont besuchten, schien meinen Kindern die Schlacht bei Verdun so weit entfernt wie die Perserkriege. An einem solchen sehr persönlichen Beispiel können Sie ermessen, welche gewaltige Leistung die Gründerväter und -mütter Europas nach dem Krieg vollbracht haben. Wir würden dieses Erbe größtenteils verletzen, wenn wir jetzt, in den Schwierigkeiten des Alltags, versagten und diesen großen Entwurf der Geschichte verderben ließen.

Ich sage es immer wieder: Es gibt keine Alternative zur europäischen Einigung. Das gilt für uns alle in Europa, das gilt aber für die Deutschen mehr als für alle anderen. Denn für uns gilt zusätzlich, daß die Chance zur Einheit der Nation, wann immer sie kommen wird, auch im Sinne der Präambel unseres Grundgesetzes überhaupt nur unter einem europäischen Dach denkbar ist. Manch einer wird denken: Das ist sehr fern aller Realität. Es mag sein, daß dieses Thema jetzt nicht auf der Tagesordnung der Weltpolitik steht. Aber auch der Wille eines Volkes ist eine Realität.

Ich bin sicher, daß die Deutschen nicht aufgeben werden, selbst darüber bestimmen zu wollen, welchen Weg sie in der Geschichte nehmen. Aber der Weg wird ganz gewiß nicht zurück in den Nationalstaat Otto von Bismarcks führen. Die Chance zur Einheit der Nation bietet sich nur unter einem europäischen Dach. Und so ist eine politische Einigung Europas für die Deutschen wichtiger als für alle anderen. Jede Mark, vernünftig in Europa investiert, ist eine Abschlagszahlung für die freiheitliche Zukunft der Deutschen und vor allem der Bundesrepublik Deutschland.

Dafür müssen wir auch den Text der Verträge von Rom wirklich zur Kenntnis nehmen und uns auf den Geist von Messina besinnen, jener Konferenz, aus der die Verträge hervorgingen. Die EG war immer gedacht als eine Gemeinschaft von Dauer, die sich auch politisch ausformt, die den Weg geht zu den Vereinigten Staaten von Europa. Bei der Vorbereitung für den heutigen Tag fand ich einen Satz, den Konrad Adenauer beim Übersee-Tag vor genau dreißig Jahren gesprochen hat. Er sagte: „Wir sind bereit, bei den schwebenden Fragen, die ein Hindernis für die Schaffung einer europäischen politischen Gemeinschaft sein können, bis an die Grenze des Möglichen zu gehen.“

Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Wir werden bis an die Grenze des Möglichen gehen. Für uns Deutsche ist Europa nicht nur eine Freihandelszone oder eine zentrale Leitstelle für Subventionen. Für uns ist Europa die Chance, Zukunft in Freiheit zu gewinnen. Der Dreiklang „Deutschland, Vaterland und Europa“, das ist die Perspektive für die Zukunft. Die Europäische Gemeinschaft und das atlantische Bündnis bleiben die Fundamente unserer Außenpolitik. Hier kann es kein Entweder-oder geben, sondern nur ein Sowohl-als-auch. Wir brauchen das Bündnis mit den Amerikanern, den Kanadiern, den europäischen Freunden, und wir brauchen die Europäische Gemeinschaft.

Es ist überfällig, daß sich die Europäische Gemeinschaft aus der jetzigen Lage befreit und auch wieder lernt, politisch mit einer Stimme zu sprechen. Die Erwartungen in der Welt sind groß: In Lateinamerika, in Asien, in Afrika. Wer etwa den Nahen Osten besucht, wo wirklich Kriegsgefahr besteht, wird immer gefragt: Wo bleibt ihr Europäer? Deswegen ist es so wichtig, daß wir, die Deutschen, einen klaren Kurs steuern.

Wir sind keine Wanderer zwischen Ost und West. Unser Platz ist irreversibel an der Seite unserer Freunde, der freien Länder des Westens. Auf unsere Berechenbarkeit und auf unsere Stetigkeit ist Verlaß. Gerade hier in Hamburg möchte ich leidenschaftlich dafür plädieren, daß wir unsere Geschichte nicht nur kennen, sondern daraus auch die Konsequenzen ziehen. Die Deutschen leben in der Mitte Europas. Die Kraftfelder der internationalen Politik haben dazu geführt, daß wir viel später als andere, und nur für eine kurze Zeitspanne, zu einem Nationalstaat kommen konnten: In der Zeit von 1870 bis 1945. Wir waren immer ein Durchgangsland. Das gilt für unsere Kultur, das gilt für unsere Geistesgeschichte, das gilt für die politische und erst recht – leider – für die militärische Geschichte.

Nach dem ersten Weltkrieg entstand zum erstenmal der Gedanke, daß diese Position eines ohne klare Option in der Mitte lebenden Volkes auf die Dauer von katastrophalen Folgen begleitet sein könnte. Es waren drei Männer, die in den zwanziger Jahren begannen, diese Entwicklung zu durchdenken, und die zur Tat schritten: Es war der damalige britische Außenminister Austin Chamberlain, der erkannt hatte, daß das, was in Versailles geschehen war – und in seiner Konsequenz schlimmer gemacht wurde durch den Rückzug der Vereinigten Staaten von Amerika –, eine Veränderung erfahren mußte; es waren der Franzose Aristide Briand und bei uns Gustav Stresemann, die im Jahre 1925 im Locarnovertrag erstmals den Versuch unternahmen, das damalige Deutsche Reich in eine Westbindung zu führen.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie eine Sekunde darüber nachdenken, wie alles gekommen wäre, wenn diese klare Position mit allen Konsequenzen – auch betreffend den Versailler Vertrag – realisiert worden wäre, dann wissen Sie, daß wir heute nicht über die deutsche Teilung nachdenken müßten. Wir erleben nach dem zweiten Weltkrieg den zweiten großen Versuch der Westbindung unseres Landes. Ich kann nur leidenschaftlich darum werben und leidenschaftlich dafür eintreten, daß möglichst viele verstehen mögen, daß dies die letzte große Chance ist, die Lektion der Geschichte zu begreifen. Deswegen sage ich noch einmal: Unser Platz ist irreversibel an der Seite unserer Freunde, der Freunde der freien Länder des Westens.

Die zentrale Aufgabe unserer Innenpolitik, meine Damen und Herren, bleibt die Überwindung der Arbeitslosigkeit. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß die Arbeitslosigkeit nur gebremst, gestoppt und abgebaut werden kann, wenn wir auf eine Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft setzen. Es geht darum, den engen Zusammenhang zwischen Wirtschaft, Arbeitsmarkt, sozialer Sicherung und Staatsfinanzen wieder deutlich zu machen. Es geht darum, daß an der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte kein Weg vorbeiführt. Wenn wir erneut über unsere Verhältnisse leben, werden wir die vorhandene Entwicklung zum Aufschwung auf die Dauer nicht stabilisieren können. Das stark gesunkene Haushaltsdefizit mit wahrscheinlich weniger als 30 Milliarden DM in diesem Jahr zeigt ebenso wie die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, daß wir auf dem richtigen Weg sind.

Ich weiß, es gibt nicht wenige, die der Meinung sind, man hätte noch tiefer „ins Fleisch schneiden“ können, wie dieses scheußliche Wort lautet. Das schlagen mir vor allem jene vor, die noch nie darüber nachgedacht haben, daß 30 Millionen Bundesbürger 30 Milliarden DM – nicht zuletzt im sozialen Bereich – einsparen müßten, um das Schiff wieder flottzumachen. Mir ist es nicht leichtgefallen – und ich habe das alles vor der Bundestagswahl am 6. März offen gesagt –, diese Opfer von unseren Bürgern zu verlangen. Wir sind uns darüber im klaren, daß diese Konsolidierungsaufgabe eine bittere Pflicht war, aber sie war eine notwendige Pflicht. Ich bin dankbar dafür, daß trotz allen Murrens und Schimpfens die Mehrheit offensichtlich die Richtigkeit dieser Politik eingesehen hat.

Die Konsolidierungsarbeit ist noch keineswegs abgeschlossen. Dies gilt für die Strukturreform der Rentenversicherung, die schon allein wegen der Bevölkerungsentwicklung notwendig ist, und das gilt auch für neue Lösungsansätze im immer kostspieliger werdenden Gesundheitswesen. Aber, meine Damen und Herren, die größte Herausforderung bleibt die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Hier darf es kein Tabu geben. Deswegen ist es auch sinnvoll, jeden kleinen Schritt zu gehen, der Besserung verspricht. Das ist das Motiv für die Vorschläge zur Förderung der Beschäftigung, die

Bundesminister Norbert Blüm zur Diskussion gestellt hat. Dazu gehören auch befristete Arbeitsverträge. Das ist kein Anschlag auf die Tarifhoheit. Ich bin zutiefst überzeugt, daß in einer Zeit der Massenarbeitslosigkeit gerade im mittelständischen Bereich der befristete Arbeitsvertrag eine Chance eröffnet: Der Arbeitgeber, der konkrete Aufträge für eine bestimmte Zeit vor sich hat, kann dann Neueinstellungen vornehmen, statt in Gemeinsamkeit mit seinem Betriebsrat diese Aufträge durch Überstunden abzuwickeln.

Zu unserem Programm gehören die Förderung der Teilzeitarbeit sowie eine vernünftiger Gestaltung des Jugendarbeitsschutzes und der gesetzlichen Bestimmungen der Arbeitszeit. Diese Vorschläge werden in den nächsten Wochen im Kabinett erörtert. Sie sollen Anfang 1985 in Kraft treten. Um weitere Entlastung und mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt geht es auch beim Thema „Arbeitszeitverkürzung“. Die Bundesregierung hat den Tarifpartnern mit der sogenannten Vorruhestandsregelung ein befristetes, finanziell tragbares Angebot gemacht, das inzwischen erfreulicherweise auch Eingang in Tarifvereinbarungen gefunden hat. Bei den jetzt laufenden Verhandlungen der Tarifpartner geht es darum, flexible Vereinbarungen zu treffen, mit denen den unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen Unternehmungen Rechnung getragen werden kann. Aber es ist natürlich bei alledem zu beachten, daß der Produktivitätszuwachs nur einmal verteilt werden kann: Als Lohnerhöhung, als Arbeitszeitverkürzung, als Verbesserung bei der Vermögensbildung oder als Verbindung dieser drei Elemente.

Werden diese Kriterien beachtet, meine Damen und Herren – das heißt, Arbeitszeitverkürzung im Rahmen eines für alle Seiten annehmbaren Gesamtpakets und zugleich mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung –, dann verbessern sich die Aussichten auch derer, die jetzt noch ohne Arbeit draußen stehen, und wir ermöglichen die bewußte Solidarität jener, die einen Arbeitsplatz besitzen.

Erlauben Sie mir bei dieser Gelegenheit noch ein sehr persönliches Wort zur aktuellen Diskussion um die 35-Stunden-Woche. Ich werde jetzt dafür gescholten, daß ich Position bezogen habe. Man sagt: Du hast deine Rolle als Schiedsrichter aufgegeben. Das ist jedenfalls für mich ein völlig neues Verfassungsverständnis. Im Grundgesetz steht nichts von einem „Schiedsrichter“, sondern im Grundgesetz steht, daß der Kanzler die Richtlinien der Politik bestimmt. Und wenn die Bürger – wir haben ja de facto inzwischen bei Bundestagswahlen auch eine Art Kanzlerwahl bekommen – einen bestimmten Mann zum Kanzler wählen, erwarten sie, daß er jedenfalls in wesentlichen und entscheidenden Fragen seine Meinung sagt und sich nicht zurückzieht in einen elfenbeinernen Turm. Das verstehe ich unter offener Politik!

Meine Damen und Herren! Der zweite Punkt: Es geht mir überhaupt nicht darum, etwa die Tarifhoheit zu zerstören, sie einzugrenzen, auszuhebeln. Davon kann keine Rede sein. Es gehört zu den glücklichsten Entwicklungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, daß wir in Jahrzehnten erlebt haben, wie die Tarifpartner miteinander verhandelt, sich auseinandergesetzt und gestritten haben, aber auch immer wieder zu vernünftigen Ergebnissen gekommen sind. Das soll so bleiben. Niemand von uns – und ich schon gar nicht – will das ändern.

Aber wenn ich schon in dieser Weise angesprochen werde, dann muß ich doch auch darauf verweisen, daß ich als Chef der Bundesregierung meinerseits eine Funktion in diesen Tarifaueinandersetzungen wahrzunehmen habe. Der Bund hat große Verwaltungen: Bundespost und Bundesbahn sind ein wesentlicher Teil des öffentlichen Dienstes. Es kann keinen Zweifel darüber geben: Solange es über zwei Millionen Arbeitslose gibt, muß ich denen, die im öffentlichen Dienst sind, die unter normalen Verhältnissen einen lebenszeitlich gesicherten Arbeitsplatz haben – das ist ein hohes Gut in schwierigen Zeiten –, bestimmte Einschränkungen zumuten können. Das hat etwas zu tun mit unserer Position bei der letzten Gehaltsrunde im öffentlichen Dienst und mit unserem Verhalten bei den Beamtenbezügen. Es ist für mich undenkbar, daß die öffentliche Hand über eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in einem Augenblick diskutiert, in dem 2 Millionen Mitbürger ohne Arbeitsplatz sind. Das muß ich ganz deutlich sagen.

Der dritte Punkt: Ich bin mir darüber im klaren, daß ich aus der Sicht etwa des Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht die erste Wahl als Kanzler bin. Aber ich weiß

sehr wohl – und ich bin schließlich Vorsitzender der größten deutschen Parteiformation, die in ihrem Herkommen und ihrer Programmatik sehr viel mit der christlich-sozialen Idee zu tun hat und – um die wichtige Rolle der Gewerkschaften. Ich weiß, daß der Aufbau unserer Bundesrepublik Deutschland ohne die Weitsicht, ohne das patriotische Verhalten – das ist das beste Wort dafür – von vielen Gewerkschaften undenkbar gewesen wäre. Daß wir nach dem Krieg im Vergleich zu anderen Ländern in der Welt so wenige Streiktage und -stunden hatten, verdanken wir der Vernunft und dem vernünftigen Miteinander von Vertretern der Wirtschaft, der Arbeitgeber, wie von solchen aus den Gewerkschaften. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß ich es nicht verschweigen kann, wenn ich anderer Meinung als einige Gewerkschaftsführer bin.

Und das ist der vierte Punkt. Arbeitszeitverkürzungen dürfen kein Tabu sein. Wenn Sie die Geschichte der Bundesrepublik und die Verkürzung der Arbeitszeit in diesen Jahrzehnten betrachten, dann sehen Sie, daß das auch bei uns gilt. In diesen Tagen denke ich manches Mal, daß es sich auch mancher auf Arbeitgeberseite bei Lohnverhandlungen zu leicht gemacht hat, wenn er Arbeitszeitverkürzungen vereinbarte, weil sich das günstiger auch für seine nächste Hauptversammlung ausgewirkt hat. Aber, meine Damen und Herren, wer jetzt sagt: Ich will die Arbeitszeit verkürzen!, womöglich noch in jener ganz radikalen Form der generellen Verkürzung auf 35 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich, der muß sich mit den Argumenten eines Mannes wie Oswald von Nell-Breuning auseinandersetzen. Er muß sich fragen: Bin ich aus Solidarität zu den Arbeitslosen auch bereit, mein Einkommen entsprechend einer verkürzten Arbeitszeit zu reduzieren?, wie es Oswald von Nell-Breuning gefordert hat. Da dies nicht der Fall und sicherlich nicht erreichbar ist, kann ich uns alle nur dringend mahnen, den Weg der Vernunft zu gehen, es nicht zum Äußersten kommen zu lassen, aber auch keine falschen Kompromisse zu schließen.

Die Konjunktur der Bundesrepublik Deutschland entspricht im Augenblick ungefähr dem Zustand der Natur in unserem Land: die Knospen sind gerade aufgebrochen, manchmal stehen sie schon in Blüte, in manchen Landschaften aber noch keineswegs. Wenn jetzt ein tagelanger kalter Frost über die Natur hinweggeht, ist die Ernte für dieses Jahr zerstört. Das gilt auch für unsere Volkswirtschaft.

Unsere Aufgabe ist es jetzt, eine günstige Wirtschaftsentwicklung nach Kräften zu fördern. Von zentraler Bedeutung für unternehmerisches Risiko und Risikobereitschaft sind vor allem verlässliche politische Rahmenbedingungen. Leistung darf nicht länger bestraft werden. In einer freien Gesellschaft hat derjenige, der aus freien Stücken fleißiger ist als andere, der mehr arbeitet, der mehr riskiert und sich mehr engagiert, einen – auch moralisch begründeten – Anspruch auf höheren Lohn und auf höheren Gewinn. Leistung muß sich wieder lohnen.

Wir machen uns jetzt an die Reform der Einkommen- und Lohnsteuer. Natürlich gibt es dabei Diskussionen. Das ist normal – in einer Volkspartei, erst recht in einer Koalition – und übrigens auch notwendig. Die Diskussion muß nur zeitlich begrenzt werden. Das wird dann in wenigen Wochen der Fall sein. Wir haben angekündigt, die Steuerreform zum 1. Januar 1986 in Kraft zu setzen. Wir werden am Zeitplan festhalten und die Vorlage in der dritten Novembersitzung des Kabinetts in diesem Jahr beschließen. Sie wird dann dem Bundesrat zugehen, so daß er im Januar des kommenden Jahres darüber beraten kann. Ich hoffe, daß die gesetzgebenden Körperschaften dann so vorankommen, daß der Gesetzestext bis zur parlamentarischen Sommerpause 1985 im Gesetz- und Verordnungsblatt der Bundesrepublik Deutschland erscheinen kann.

Wir wollen diese Reform, um den Leistungswillen unserer Bürger zu motivieren. Wir wollen sie, weil ein beachtlicher Teil dessen, was der Staat zusätzlich an Steuern eingenommen hat, heimliche Steuererhöhungen sind, zu denen auch die inflationäre Entwicklung der letzten Jahre beigetragen hat. Und wir wollen sie, weil wir der festen Überzeugung sind, daß eine solche Entscheidung in die Konjunkturlandschaft dieser Jahre paßt.

Wir werden weiter vorangehen auf dem Weg der Entbürokratisierung. Er ist außerordentlich schwierig. Jeder ist dafür, aber das Interesse läßt meistens spürbar nach, wenn jemand persönlich betroffen ist. Wir beobachten das bei einem Werk, von dem

ich hoffe – aber noch nicht sicher bin –, daß es in dieser Legislaturperiode fertiggestellt wird: bei der großen Reform des Baurechts. Wir wollen alle Baurechtsvorschriften in einem Baubuch zusammenfassen und die Gelegenheit nutzen, um einen Großteil der Bestimmungen außer Kraft zu setzen. Ich hoffe, daß dann auch einer der angesehensten Hamburger Mitbürger in der Lage sein wird, seine Garage ohne große Probleme umzubauen. Wir werden schon in nächster Zeit weitere Vorschläge zur Privatisierung von Staatsanteilen an Unternehmungen vorlegen. Auch das gehört zur Sozialen Marktwirtschaft, die meine Freunde und ich vertreten.

Ich komme nun zu dem schwierigen Bereich, bei dem man von Unternehmern oft stürmischen Beifall erntet, solange man nicht auf konkrete Beispiele eingeht: Zu der Frage nach dem Abbau von Subventionen. Hier gibt es allerhand Heuchelei, um das einmal klar und deutlich auszusprechen. Es ist eine Sache, ob man darüber spricht, und eine andere Sache, ob man konkret entscheiden muß. Ich war gerade acht Tage Bundeskanzler, als ich vor der Frage stand, ob wir Arbed Saarstahl weitere Subventionen gewähren sollten oder nicht. Im Falle einer Nichtgewährung wäre der Konkurs unvermeidlich gewesen, und über Nacht wäre die Arbeitslosenquote im Saarland auf 22 Prozent hochgeschneit. Wer die Verhältnisse in dieser Region kennt und die Heimsuchung, die die Menschen, die dort leben, in hundert Jahren nationalstaatlichem Egoismus diesseits und jenseits der Grenze erlebt haben, der weiß, daß das nicht so einfach abzutun war.

Es ist auch nicht zuletzt die Subventionspolitik in der Europäischen Gemeinschaft gewesen, die die deutsche Stahlindustrie mit in diese Misere gebracht hat. Das Problem entstand nicht wegen der Qualität der Stahlkocher, der Ingenieure und derer, die dort die Unternehmungen führen. Wenn jede Tonne Stahl der Konkurrenten aus einer Staatskasse subventioniert wird, dann kann man dagegen nicht mit betriebswirtschaftlichen Mitteln konkurrieren. Deswegen wird 1986 im Blick auf diese Frage ein Jahr von allergrößter Bedeutung werden.

Meine Damen und Herren! Ich habe immer Sympathie für die Vertreter einer Lehre in allen Bereichen, aber man kann um so reiner in seiner Lehre sein, je weiter man vom Entscheidungszentrum entfernt ist. Ich denke, auch die Hamburger hätten es nicht verstanden, wenn die Anstrengungen zur Umstrukturierung mit einem totalen Stopp für Subventionen quittiert worden wären: Reederhilfe, Werfthilfe und – ich nenne es ganz bewußt – das Airbusprogramm.

Zur Wirtschafts- und Sozialordnung der Sozialen Marktwirtschaft gehört immer der soziale Ausgleich, gehört Hilfe für Menschen, die sie wirklich nötig haben, die sich nicht selbst helfen können. Im Blick auf unsere Krisengebiete ist das mehr als eine Frage mitmenschlicher Solidarität. Hier geht es um die gesamtstaatliche Verantwortung für das Ganze. Wir beobachten heute in der Bundesrepublik Deutschland eine unübersehbare Wirtschaftswanderung von Nord nach Süd, wobei zum Norden selbstverständlich auch das Ruhrgebiet gehört. Wir kennen die wichtigsten Gründe für diese krisenhafte Entwicklung: wirtschaftliche Monostrukturen, Kohle und Stahl an der Ruhr, veränderte Marktverhältnisse, gewandelte Wettbewerbsbedingungen. Die Hamburger haben nicht zu vertreten, daß quer durch unser Vaterland ein Eiserner Vorhang gezogen und damit sozusagen ihr Hinterland abgeschnitten wurde.

Jetzt gilt es, Signale zu setzen, daß Solidarität keine Einbahnstraße ist. Allen Menschen in Deutschland ist doch zugute gekommen, was in den einzelnen Regionen in harter Arbeit etwa in den letzten hundert Jahren geleistet wurde. Ich habe beispielsweise nie vergessen, daß in den Jahren 1945/46 die Kumpels an der Ruhr nur unter den ärmlichsten Verhältnissen in der französischen Besatzungszone – in meiner Heimatstadt Ludwigshafen, die als Chemiehochburg damals ja mehr als andere von Kohle lebte – uns miternährt haben, daß sie damals für das ganze Land eine beispielhafte Leistung vollbracht haben. Ich denke, diese Kumpels und die, die nach ihnen gekommen sind, haben einen Anspruch darauf, daß wir uns daran erinnern. Deswegen muß das Notwendige an Rhein und Ruhr getan werden.

Und das, was für diese Region gilt, gilt doch selbstverständlich auch für die traditionsreiche Stadt Hamburg, es gilt für das Küstengebiet insgesamt. Obwohl Hamburg durch die Teilung Deutschlands und Europas nach dem zweiten Weltkrieg an den Rand unseres Wirtschaftsraumes gedrängt wurde, entstand hier die größte

Industriestadt der Bundesrepublik. Es waren beeindruckende Erfolge möglich, weil Senat und Bürgerschaft, Unternehmer und Gewerkschaften, Arbeitnehmer und Selbständige gemeinsam fest entschlossen waren, im Wettbewerb mit anderen Wirtschaftszentren ihren Platz zu behaupten. Die Hamburger müssen in dieser Herausforderung besondere Probleme bewältigen. Seit der ersten Ölkrise hat Hamburg mehr als 50.000 Arbeitsplätze verloren, zum überwiegenden Teil in der Industrie, aber auch im Handel. Diese Entwicklung ist deutlich ungünstiger als im Bundesdurchschnitt. Auch die bessere Lage im Hamburger Umland gleicht diesen Rückgang nicht aus. Zusätzliche Arbeitsplätze entstanden vor allem im Bereich der Dienstleistungen, also dort, wo wir typische Wachstumsfelder wie Wirtschaftsberatung und elektronische Datenverarbeitung finden.

Meine Damen und Herren! Dennoch – und ich nehme das auf, was Herr Stödter zu Beginn im Blick auf die personellen Ressourcen sagte – weist Hamburg günstige Voraussetzungen auf, den Anschluß an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung zurückzugewinnen. In der Geschichte dieser Stadt sind viele mutige Entscheidungen getroffen worden. Zum Beispiel 1860, als Johannes Dalmann gegen die großen Widerstände vieler das klare Votum für ein offenes Hafengebäude, für den schnellen Hafen durchsetzte: Das war der Beginn Hamburgs als „Tor zur Welt“.

Auch die Gründung der Technischen Universität in Harburg – fünfzig Jahre nach den ersten Gründungsüberlegungen – ist ein Schritt in die richtige Richtung. Von einer intensiven Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, angewandter Forschung und Unternehmen können wichtige Impulse ausgehen, nicht nur für die unmittelbar betroffenen Unternehmungen, sondern auch für Handel und Industrie, für den Hafen und für die Stadt insgesamt. Wir müssen uns nur gemeinsam ans Werk machen. Ich will hier noch einmal mein Angebot darlegen: Die Bundesregierung, wie auch ich ganz persönlich, sind bereit, hier in Hamburg – das gilt ähnlich für Bremen, für die Küstenländer, für Schleswig-Holstein und weite Bereiche Niedersachsens das Notwendige zu tun. Mein Verständnis von Föderalismus bedeutet, daß die kleine Region für das Ganze und das Ganze für die kleinere Region da sein muß. Sonst kann Föderalismus nicht bestehen.

Meine Damen und Herren! Ich spreche hier, vor den Mitgliedern des Übersee-Clubs, nicht ohne Grund auch vom Bild des Unternehmers. Es ist jetzt, wenn es darum geht, mit Optimismus und mit weniger Zukunftsangst in die Zukunft zu gehen, von größter Bedeutung, daß das Bild des Unternehmers wieder ganz klar vor den Augen unserer Mitbürger steht. Heute verstehen immer mehr Bürger, daß unser Land auf den Elan des wägenden und wagenden Unternehmers nicht verzichten kann. Ohne Unternehmer wäre unser Land an Chancen ärmer. Die Zukunft wäre ungewisser, wenn Unternehmer nicht das Wagnis ihres Unternehmens im eigenen Land zu vertreten bereit wären. In diesem Zusammenhang ist es besonders wichtig, daß wir vor allem den mittelständischen Unternehmer sorgsam und freundlich begleiten. Die Amerikaner haben in kurzer Zeit durch Betriebsneugründungen weit über 10 Millionen Arbeitsplätze gewonnen. Wenn ich sehe, in welchem Umfang in den letzten fünf Jahren öffentliche Mittel für Großunternehmungen in der Bundesrepublik ausgegeben wurden, sage ich nur: Wir können noch eine ganze Menge im Mittelstand tun, meine Damen und Herren, bis wir auch nur annähernd auf solche Summen kommen. Wir brauchen den Unternehmer gerade im mittelständischen Bereich, weil hier sozusagen die Initialzündung für die Zukunft stattfindet, weil die Dynamik unserer Gesellschaft davon entscheidend abhängt.

Joseph Schumpeter beschrieb den Unternehmer als denjenigen, der neue Kombinationen durchsetzt, der durch Innovation Krisen bewältigt. Ich denke, daß ist ein sehr brauchbares Bild, auch für unsere Zeit. Wir brauchen eine Renaissance von Schaffensfreude und Mut zur Eigeninitiative, von persönlichem Wagemut und der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Wir wollen, daß den jungen Menschen – die heute gewiß andere Schwierigkeiten haben, als wir sie hatten – dieser Wagemut nicht wegdiskutiert wird, daß man ihnen nicht Lebensangst, sondern wieder Lebensmut mit auf den Weg gibt.

Meine Damen und Herren! Wir haben alle Chancen, die jetzt zur Entscheidung anstehenden ökonomischen Fragen zu lösen: mit Mut und Geduld und mit Klugheit

– alle drei gehören dazu –, und natürlich auch mit der Fähigkeit, frei von Ideologien aufeinander zuzugehen. Aber es wird nur möglich sein, dies alles zu erreichen, wenn wir die Aufgaben, die vor uns stehen, vor allem als eine geistig-moralische Herausforderung verstehen.

Wer seinen Auftrag in dieser Zeit sieht – ob als Christ in dem Bewußtsein der Endlichkeit seines Tun, oder aus welcher Überzeugung auch immer –, muß vor allem fähig sein, nicht nur an seine eigenen Interessen zu denken, er muß fähig sein zur Solidarität. Ich habe etwas gegen das Lamento über Interessenverbände, weil es ein großes Stück Heuchelei enthält. Oft jammern diejenigen am lautesten, deren Interessen bereits am sichersten unter Dach und Fach sind. Aber, meine Damen und Herren, wir werden den Einzelinteressen nicht gerecht werden können, wenn sie nicht eingebettet sind in das Gesamtinteresse.

Die für mich garstigste und gefährlichste Melodie der letzten Jahre war die Melodie des Pessimismus und der Weltuntergangsstimmung. Damit wurden politische Geschäfte gemacht: mit Angst und mit Lebensangst. Wir wissen, daß es in unserer Zeit auch Lebensangst gibt. Wir wissen, daß in einer säkularisierten Gesellschaft ein bitterer Preis für den Verlust des Glaubens an Gott zu zahlen ist. Aber, meine Damen und Herren, wir haben doch auch unsere geschichtlichen Erfahrungen. Weihnachten 1947 hatten wir die höchste Selbstmordrate in der Geschichte der Deutschen. Aber die, die dann angefangen haben, das Land wiederaufzubauen, haben nicht verzagt. Sie haben die Ärmel hochgekremgelt, sie haben sich ans Werk gemacht, und sie wurden die Baumeister unserer Bundesrepublik.

Denken sie hier an Max Brauer. Ich nenne ihn für viele. Und vor über zwei Jahren hat in einer vermächtnishaften Rede am 17. Juni ihr langjähriger Bürgermeister Herbert Weichmann, einer der Großen der deutschen Nachkriegspolitik, uns als Ertrag eines langen Lebens im Bundestag zugerufen, sozusagen als Kernstück einer lebendigen Demokratie: Wer Rechte hat, hat Pflichten, und wer Pflichten hat, hat Rechte. Wenn wir das wieder begreifen – und jeder kann es übersetzen auf seine Weise – und hinzufügen, daß dieser Gedanke einmal selbstverständlich die Grundlage für das war, was wir vereinfacht die „Tugenden“ nennen, dann bin ich ganz sicher, daß wir die Herausforderung unserer Zeit bestehen werden.

Meine Damen und Herren, ich weigere mich zu glauben, daß meine Generation schwächer sein sollte als die Generation unserer Väter, die die Republik aufgebaut hat. Ich bleibe dabei: Wir haben alle Chancen!

